



EIDGENÖSSISCHES POLITISCHES DEPARTEMENT  
 DÉPARTEMENT POLITIQUE FÉDÉRAL  
 DIPARTIMENTO POLITICO FEDERALE

s.B.34.66.Tanz.O. - HN/bg

3003 Bern, den 31. August 1972

Bitte dieses Zeichen in der Antwort wiederholen  
 Prière de rappeler cette référence dans la réponse  
 Pregasi rammentare questo riferimento nella risposta

222.30  
 ad 512.23 - JK/pm  
 521.73

An die Schweizerische Botschaft

D a r - e s - S a l a a m

Ambassade de Suisse,  
 Dar es Salaam  
 - 4 SEP. 1972  
 Cf.: 222.30

|       |    |  |  |  |
|-------|----|--|--|--|
| an    | JK |  |  |  |
| Calum |    |  |  |  |
| Visa  |    |  |  |  |

Herr Botschafter,

Wir danken Ihnen für Ihr Schreiben vom 25. August 1972, mit welchem Sie uns über die gegenwärtige Lage in dem von einer Nationalisierungswelle bedrohten Tansania sowie die in diesem Zusammenhang erfolgte Demarche unserer Landsleute orientierten.

Was die Frage nach einer allfälligen Entschädigung expropriierter Schweizer durch den Bund (der dann Tansania gegenüber als Ersatzgläubiger auftreten müsste) betrifft so ist diese negativ zu beantworten. Wir haben eine solche Lösung immer wieder aus grundsätzlichen Erwägungen heraus abgelehnt, weil ein einziger Präzedenzfall eine aufgestaute Lawine von ähnlichen Forderungen auslösen dürfte (man denke z.B. an die seit Jahren pendenten Entschädigungsansprüche der Algerien-schweizer), welchen der Finanzhaushalt unseres Landes nicht gewachsen wäre. Das Problem sehen wir indessen wie Sie: Auch wir befürchten, dass Tansania keine adequadaten Expropriationsentschädigungen in harter Währung zahlen kann. Somit muss eben unseres Erachtens alles unternommen werden, um das gefährliche fait accompli zu verhindern, bzw. hinauszuschieben. Das Bestehen unseres Investitionsschutzabkommens bietet in diesem Sinne bereits eine gewisse Absicherung. Wir sind aber ganz damit einverstanden, dass Sie den tansanischen Behörden die von letzteren aufgrund des Abkommens übernommenen Verpflichtungen

./.

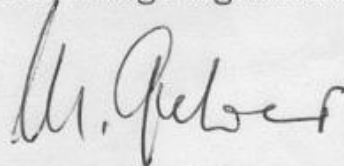
erneut in Erinnerung rufen. Dies sollte allerdings in einer Form geschehen, welche Ihre Gesprächspartner nicht brüskiert und dadurch zu Bumerang-Reaktionen führt. Die negativen Auswirkungen der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik Ihres Gastlandes auf das Investitionsklima sollten wohl am ehesten mündlich bei allen sich bietenden Gelegenheiten vermerkt werden.

Herrn Deslarzes können Sie in diesem Sinne orientieren. Wir werden ihm auch unsererseits den geschilderten Standpunkt erläutern, falls er in Bern vorspricht.

Was den Wunsch der Petenten nach Ihrem Rat hinsichtlich ihrer weiteren Investitionspolitik betrifft, so ist sicher Vorsicht und Zurückhaltung zu empfehlen. Das ergibt sich im übrigen aus den vorgehenden Erläuterungen von selbst.

Wir versichern Sie, Herr Botschafter, unserer vorzüglichen Hochachtung.

Abteilung  
für Politische Angelegenheiten



(Gelzer)